

Besuch des israelischen Aussenministers Shimon Peres (PE) in Bern

Arbeitsmorgenessen mit Bundesrat R. Felber (BRF), 28. Januar 1993
(Kurzprotokoll)

1. Bilaterale Fragen

1.1. Gemeinsamer Fonds für Forschung und Entwicklung

PE schlägt die Errichtung eines gemeinsamen Fonds für Forschung und Entwicklung vor. BRF findet die Idee interessant und verspricht eine schweizerische Antwort auf diesen Vorschlag.

1.2. Beteiligung der Schweiz an den multilateralen Nahostfriedensgesprächen

PE ist der Ansicht, die Schweiz könnte in diesen Gesprächen eine wichtigere Rolle spielen als bisher. Er denkt z.B. an die Wasserproblematik und den Tourismus. Minister Lautenberg erläutert die Schweizer Position in diesen Verhandlungen. Die Schweiz möchte insbesondere auf finanziell-monetärem Gebiet einen Beitrag leisten. Sollte prioritär eine regionale Entwicklungsbank (grössere Infrastrukturprojekte) oder die Finanzierung kleinerer Projekte ins Auge gefasst werden? PE denkt an ersteres. Eine regionale Entwicklungsbank hätte auch symbolische Bedeutung.

1.3. Gemeinsame Entwicklungshilfe in den GUS-Staaten

PE schlägt der Schweiz gemeinsame Entwicklungshilfe in den (muslimischen) GUS-Staaten vor, wo Israel bereits sehr aktiv ist. Es gilt, der Gefahr des Vordringens islamistischen Gedankenguts dort vorzubeugen. BRF verspricht eine schweizerische Antwort auf diesen Vorschlag. PE schlägt die Bildung einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe vor, was BRF als prüfenswert erachtet.

1.4. Zirkular "risque-pays" der Schweizerischen Bankenkommission

PE bedauert die Neueinstufung Israels, welche der israelischen Seite ungerecht erscheint. Minister Lautenberg erläutert die schweizerische Position und betont die Flexibilität und Objektivität des Systems. PE hofft auf Flexibilität.

1.5. Arabischer Israel-Boycott

PE wünscht, dass die Schweiz ähnlich der BRD und Frankreichs Massnahmen gegen diesen Boycott ergreift. BRF betont, dass die Schweiz gegen diesen Boycott ist. Er schliesst aber unilaterale Massnahmen aus. In einem europäisch-koordinierten Vorgehen könnten harmonisierende Massnahmen aber einen Sinn haben (z.B. EFTA). Er weist auch auf den multilateralen Friedensprozess als das geeignete Forum, um auf die Aufhebung des Boykotts hinzuwirken, sowie auf die diesbezüglichen Vorschläge Präsident Mubaraks.

1.6. Doppelbesteuerungsabkommen / Investitionsschutzabkommen

BRF erklärt, die Schweiz sei interessiert, mit Israel diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen.

1.7. Israelischer Wunsch nach Einblick in die polizeilichen Archive der Periode des Zweiten Weltkrieges

Dieses israelische Ersuchen ist vom Bundesarchiv abschlägig beantwortet worden. PE ersucht um Intervention des EDA. BRF empfiehlt der israelischen Seite, via das EDA einen erneuten Antrag zu stellen.

2. Deportierte Palästinenser

BRF bestätigt die Schweizer Position in dieser Frage. PE gibt die bekannten israelischen Argumente wieder. Er betont insbesondere die friedensterpedierende Rolle von Hamas, gibt aber zu verstehen, dass Israel an einer möglichst baldigen Lösung sehr interessiert ist. PE betont im übrigen die Bedeutung einer Demokratisierung der Region als Voraussetzung für eine bessere Beachtung der Menschenrechte.

3. Friedensprozess

3.1. Allgemeines

Gemäss PE konzentriert man sich zu stark auf die Vergangenheit. Territorialprobleme sind lösbar. Die grösste Herausforderung liegt aber in der Gestaltung der Zukunft einer insbesondere von gewaltigen wirtschaftlichen Problemen und der damit verbundenen Radikalisierung der jugendlichen Bevölkerung geplagten Region. Die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen können nicht mit politischen Rezepten der Vergangenheit gelöst werden. In diesem Sinne ist der multilaterale Teil der Verhandlungen für Israel prioritär.

Die Idee einer jordanisch-palästinensischen (oder sogar israelisch-palästinensisch-jordanischen) Föderation ist für PE nach wie vor eine Option.

3.2. Palästinenser

Israel, so PE, hat Lösungen zu bieten, findet aber keinen Partner. Die schweigende Mehrheit der Palästinenser wird von einer radikalen Minderheit (Hamas) terrorisiert. Es gibt keinen Partner, welcher Entscheide fällen kann. Von daher ist die Abhaltung von Wahlen in den besetzten Gebieten äusserst wichtig, auch wenn radikale PLO-Anhänger gewählt würden (wie 1976). Lieber radikale Partner, welche gewählt worden sind und damit Verantwortung übernehmen können, als moderate Partner, welche mangels Legitimität keine Entscheide fällen können.

Mit der PLO (Arafat) will Israel nach wie vor aus folgenden Gründen nicht verhandeln:

- Israel kann für die 5 Mio Exilpalästinenser, welche Arafat vertritt, keine Lösung bieten
- Fehlende Legitimität Arafats und der PLO
- Die PLO befürwortet nach wie vor terroristische Methoden
- Arafat gehört zur alten Garde, welche Erklärungen abgibt anstatt Entscheide zu fällen

3.3. Syrien

Israel, so PE, hat hier einen Partner (SIC !) aber keine Lösung. Assad ist vorsichtig. Anscheinend will er sein Volk einem Erziehungsprozess unterziehen. Betreffend Territorien sind die Syrer sehr konkret, betreffend Friede sehr vage. Positiv ist zu vermerken, dass Assad die Deportiertenfrage nicht mit dem Friedensprozess verknüpfen will.

4. Internationale Konferenz zum Schutz der Kriegsopter

BRF erläutert das Konzept dieser Konferenz und erklärt, die Teilnahme einer eigenständigen PLO-Delegation sei nicht vorgesehen.

BRF übergibt im übrigen ein Memorandum betreffend Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen.

5. **Diverses**

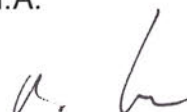
Folgende Themen konnten aus Zeitmangel nicht behandelt werden:

- Tour d'Horizon (USA, GUS-Staaten, Somalia)
- Europäische Integration (inkl. Freihandelsabkommen)
- Kulturelle Beziehungen

Wir danken allen betroffenen Diensten für ihre Beiträge.

Politische Abteilung II

i.A.



M. Aeschbacher

Politische Abteilung II

Bern, 5. Februar 1993

~~p.B.75.21.-AMA/PEM~~*p.B.15.21. Jor. (5).***Notiz an:**

- Sekr. Departementsvorsteher
- Sekr. Staatssekretär
- * - Pol. Abt. I, Dienst für Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa (Pkt. 1.3)
- Pol. Abt. III
- Finanz und Wirtschaftsdienst
- Politisches Sekretariat
- Presse und Information
- * - DIO (Pkt. 4)
 - DIO, Sekt. für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Völkerrecht, Menschenrechtsdienst
 - DEH (Pkt. 1.3)
 - Integrationsbüro
- * - EVD, BAWI - Südosteuropäische Länder, Israel
 - Mittelostländer
 - Int. Investitionsfragen (Pkt. 1.6)
- EFD, Eidg. Steuerverwaltung (Pkt. 1.6)
- * - EDI, Gruppe für Wissenschaft und Forschung (Pkt. 1.1)
- Schweiz. Botschaft Tel Aviv

Besuch des israelischen Aussenministers Shimon Peres in Bern**Arbeitsmorgenessen mit Bundesrat R. Felber (BRF), 28. Januar 1993**

Beiliegend lassen wir Ihnen das Kurzprotokoll der Gespräche Bundesrat R. Felber / Aussenminister S. Peres vom 28. Januar 1993 zukommen.

Wir bitten alle mit * bezeichneten Dienste, uns ihre Haltung zu den sie betreffenden Gesprächspunkten bekanntzugeben bzw. uns über allfällige weitere Kontakte mit der israelischen Seite auf dem laufenden zu halten.

Wir danken allen Diensten, von welchen wir Beiträge erhalten haben, für ihre Bemühungen.

Politische Abteilung II



P.-Y. Simonin